

Berliner Gretchenfrage

Anmerkungen zur Debatte am 10. Juni 2010 im Deutschen Bundestag

von Reiner Bernstein

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben Dank verdient. Ohne dass bereits die Richtung für neues politisches Handeln in Nahost erkennbar wäre, entwickelte sich aus der „Aktuellen Stunde“ im Parlament auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zur „Aufklärung des Angriffs des israelischen Militärs auf einen internationalen Schiffskonvoi mit Hilfsgütern für Gaza“¹ eine höchst eindrucksvolle Debatte. Manche Beobachter mögen von den politischen Gemeinsamkeiten überrascht worden sein, wenn sie übersehen haben sollten, dass sie sich seit langem abzeichneten. Wann sie jedoch so spürbar das Licht der Öffentlichkeit erblicken würden, ließ sich schwer vorhersehen.

Am 10. Juni 2010 ist der Bann der auffälligen Zurückhaltung in Berlin, der viele Komponenten zugrunde liegen – nachvollziehbare und weniger einleuchtende – gebrochen worden. Trotz des wiederholten Bekenntnisses zur Sicherheit Israels – für Rolf Mützenich (SPD) ist sie „kein Freifahrtschein für eine unklare Politik“ – war die Kritik an den Übergriffen der israelischen Marine auf den internationalen Konvoi der mit fast 700 Personen und mehreren tausend Tonnen Hilfsgütern beladenen „Free Gaza“-Flotte interfraktionell eindeutig; nicht nur Abgeordnete der LINKEN fanden drastische Worten gegen die Gewaltintervention auf offener See, der neun Menschen das Leben kostete. Die Diagnose, sie sei unverhältnismäßig, konfrontativ, freiheitsberaubend und völkerrechtswidrig gewesen und habe den Interessen Israels schwer geschadet, gehörte zu den mildereren Urteilen.

Freilich zeigten sich die Abgeordneten auch beinahe einig darin, dass sie den Organisatoren des Konvois politische Naivität bei der Auswahl der Passagiere mit unzweifelhaften Sympathien für Hamas vorhielten, wie Kerstin Müller (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) argwöhnte. Niemand hätte sich

¹ Plenarprotokoll 17/46 vom 10. Juni 2010.

der Illusion hingeben sollen, ergänzte Rainer Stinner (FDP), „dass auf diesen Schiffen nur wohlmeinende Pazifisten gewesen sind, denen allein an der Versorgung des Gazastreifens gelegen“ gewesen sei – eine Einschätzung, die von Jan van Aken (DIE LINKE) mit der Erklärung bestätigt wurde, dass die Hilfsflotte „auch eine politische Aktion“ gewesen sei. Haben die Verantwortlichen vielleicht geglaubt, dass sie vom Militär mit Kaffee und Kuchen begrüßt würden?, fragte eine Angehörige des israelischen Friedenslagers mit bitterem Sarkasmus eine deutsche Rundfunkmoderatorin. Auch hätten sie bedenken müssen, ob sie der Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen einen Gefallen tun. Zwar ändern solche Vorbehalte an der Legitimität des politischen Protestes gegen die „Operation Himmelswinde“ keinen Deut, aber seine Mittel und Instrumente hätten wie bei jeder Inszenierung des Gegendrucks nach selbstkritischer Reflexion verlangt. Ansonsten stellen sich unheilige Allianzen ein, die dem von Annette Groth (DIE LINKE) bestätigten Vorsatz einer friedlichen Mission ohne Gewaltanwendung von Grund auf schaden.

Wille und Zwang

Ob Guido Westerwelle das Lob schmeckt, er habe zu seinem Amtskollegen Avigdor Lieberman ein „belastbare(s), persönliche(s) Verhältnis“ aufgebaut (Philipp Mißfelder, CDU/CSU), darf bezweifelt werden. Alle Redner verlangten indes eine internationale und unabhängige Untersuchung. Auch die Bemerkung Groths ohne Widerspruch, dass die israelische Propagandamaschinerie Bildmaterial und Videoaufnahmen manipuliert habe, um die internationale Öffentlichkeit suggestiv von ihrem Recht auf Abwehr zu überzeugen. Dass türkische und arabische Gewaltbereite auf den Sturm der israelischen Soldaten bestens vorbereitet waren, hat sich mittlerweile ebenfalls herumgesprochen.

Spezialisten mögen sich darüber streiten, ob die Blockade des Gazastreifens und die daraus resultierende Unterversorgung der Zivilbevölkerung durch das Seevölkerrecht gedeckt sind. Wenn Israel allerdings die europäischen Sanktionen gegen Südafrika, Serbien und Irak mit seinem eigenen Vorgehen rechtfertigt², räumt es implizit ein, dass es

² Hans-Christin Rößler: Die Hamas geht nicht in die Knie, in FAZ 14.06.2010, S. 3. Der Korrespondent zitierte einen israelischen Regierungssprecher.

sich im Krieg befindet – was einer Anerkennung der Palästinenser als Völkerrechtssubjekt gleichkäme und sein Militär zur Einhaltung der Genfer Konvention von 1949 zwingen würde, und zwar unabhängig davon, ob die damalige Regierung als Vertragspartei das Zusatzprotokoll I von 1977 mit seinen Regeln für einen internationalen bewaffneten Konflikt ratifiziert hat. Hält sich die Regierung Israels auch von einer nachträglichen Zusage fern, steht zu befürchten, dass die Interpretation des Völkerrechts weiterhin zur Disposition steht. Jedenfalls bleibt die Aufforderung van Akens an die Bundesregierung richtig, die Genehmigung von Waffenexport in den Nahen Osten umgehend einzustellen.

Obwohl die Parlamentarier der Versuchung widerstanden haben, dieses Mal ihre Scheu vor deutlichen Worten mit einer nuklearen Bedrohung von Seiten des Irans zu begründen – nur Mützenich kam darauf zu sprechen –, bleibt auch nach dem 10. Juni eine gewisse Unzufriedenheit haften. Manche Vorschläge wie die Berufung auf einschlägige UN-Resolutionen, die Wiederbelebung des Nahost-Quartetts und die eines UN-Mandates für den Gazastreifen scheinen nicht zu Ende gedacht zu sein. So fragen sich auch diesmal Kommentatoren und Beobachter, welche operativen Schlussfolgerungen die Bundesregierung zu ziehen bereit ist. Denn am Rande des Treffens der EU-Außenminister in Luxemburg vier Tage später hat Westerwelle die israelische Regierung schon dafür gelobt, dass die Europäer „erste Signale“ erhalten hätten, Israel wolle gewisse Hilfslieferungen wieder zulassen.

Auch der von Tony Blair ins Spiel gebrachten Absicht des Quartetts, den Wiederaufbau des Gazastreifens tatkräftig zu fördern, entspricht keine israelische Garantie, dass die palästinensische Zivilinfrastruktur bei einer nächsten Militäroffensive verschont bleiben soll, von der Kostenübernahme ganz zu schweigen, die auf eine neuerliche Geberkonferenz zukommen würden. Denn wie in der Vergangenheit hat die Regierung in Jerusalem die jüngste Resolution des UN-Sicherheitsrates, „eine unabhängige, glaubwürdige und transparente Untersuchung“ der Vorfälle vor der Mittelmeerküste vornehmen zu lassen, strikt abgelehnt und stattdessen eine eigene Kommission mit limitiertem Prüfauftrag berufen, der zwei renommierte ausländische Juristen ohne Stimmrecht angehören sollen.

Dass in diesen Tagen der in Jerusalem tagenden Zionistischen Weltorganisation ein Antrag der Partei der „Sefardischen Torahwächter (Shas)“ vorliegt, in dem diese 1897 in Basel gegründete Institution Theodor Herzls auf das Bekenntnis zur Bibel festgelegt werden soll, ist die jüngste Warnung vor Bestrebungen, den Staat Israel dem Kreis der Völker zu entfremden und das jüdische Volk jenseits der Geschichte allein Gottes Willen anzuvertrauen. Allein eine solche Entwicklung ist Grund genug, jenen Kräften in Israel beizustehen, die eine solche Prägung als Bedrohung ihrer Identität ablehnen. Israelis und Palästinenser müsse achtgeben, dass ihr nationaler Konflikt nicht von religiös-fundamentalistischen Deutungen überwältigt wird.

Offene Desiderate

Bedauerlicherweise fand in Berlin und in Luxemburg erneut das zentrale Problem der politischen Legitimität keine angemessene Aufmerksamkeit, das jeglichen Fortschritt im „Friedensprozess“ verhindert hat: Israels Souveränitätsvorbehalt über alle palästinensischen Territorien, der sich in der offiziellen Bezeichnung „Judäa und Samaria“ für die Westbank niederschlägt, die Seeblockade vor dem Gazastreifen rechtfertigen soll und durch die formalrechtliche Annexion Ost-Jerusalems im Sommer 1980 mit der bis heute andauernden Baupolitik seine Weiterungen findet. Wenn dieses Axiom international auch künftig hingenommen wird, scheitern alle Ansätze einer Zweistaatenlösung.

Deshalb sollten die Bundesregierung und die europäische Diplomatie unter Leitung von Lady Catherine Ashton die berühmte Gretchenfrage stellen: Hält die israelische Politik an ihren völkerrechtlich zweifelhaften Ansprüchen fest? Solange dieser Grundpfeiler des israelischen Selbstverständnisses ohne erkennbaren Widerspruch ertragen wird, bleibt die deutsche Nahostpolitik den bekannten Pfaden verhaftet, wie sie in dem Appell Günter Glosers (SPD) an die Adresse von Machmud Abbas zum Ausdruck kam, nämlich mit Israel „einen Ausgleich“ zu suchen. Gleichermäßen rätselhaft kam die Aufforderung Peter Beyers (CDU/CSU) an „alle Seiten“ daher, friedliche Wege einzuschlagen.

Eine „fundamentale Änderung der israelischen Gazapolitik“, wie sie der Staatsminister im Auswärtigen Amt Werner Hoyer verlangt hat, reicht nicht aus. Denn sie würde zeigen, dass die Bundesregierung auf die Ankündigung von Salam Fayyad, im Sommer 2011 im Zuge seines Programms, „die Besatzung trotz der Besatzung zu beenden“ und den Staat Palästina zu etablieren³, noch kein ermutigendes Bekenntnis abgegeben hat, auch wenn das Gewicht der ersten Sitzung des Deutsch-Palästinensischen Lenkungsausschusses auf Ministerebene im Mai 2010 als eine wichtige Wegmarke für den Aufbau des palästinensischen Staates bezeichnet worden ist.

Rainer Stinner hat bedauert, dass es der israelischen Politik gelungen sei, immer mehr Freunde und Partner in aller Welt vor den Kopf zu stoßen. Doch mit einem gehörigen Schuss an Selbstkritik sollte darüber nachgedacht werden, welche Anteile an diesen Negativtrends auf die deutsche und die internationale Diplomatie zurückfallen. Denn sie hat es über viele Jahrzehnte versäumt, Israel zu jener grundlegenden Offenheit zu veranlassen: Wem gehören die 22 Prozent Palästinas, in denen sich nach dem Junikrieg die palästinensische Nationalbewegung endgültig etabliert hat und über alle inneren Rivalitäten hinweg am Ziel politischer Unabhängigkeit und Souveränität in diesen besetzten Teilen des Landes festhält? Israelische Zugeständnisse, die Abriegelung des Gazastreifens zu lockern, sagen nichts über ein vertraglich geregeltes nationales Nebeneinander der zwei Völker in diesem einen Land aus. Viel eher fördern sie Neigungen, über angenehme Zwischenschritte die Ziele des Endstatus aus den Augen zu verlieren.

München, 15.06.2010

³ Palestinian National Authority: Palestine. Ending the Occupation, Establishing the State. Program of the Thirteenth Government. [Ramallah] August 2009.